

Die Haushaltssanierung ist dem rot-roten Senat zum Selbstzweck geworden. Dabei ist allen Verantwortlichen in Berlin klar: Den Schuldenberg von fast 60 Mrd. Euro kann Berlin niemals aus eigener Kraft abbauen. Doch die Finanzplanung des Senats sieht im nächsten Doppelhaushalt weitere, noch größere Einschnitte vor. Hunderte Millionen Euro sollen bei Unis, Kitas usw. eingespart werden. Der Berliner Senat setzt seine Kürzungs- und Privatisierungspolitik trotz aller Proteste unvermindert fort.

Wir sagen: Schluss damit!

Solange wir schwach bleiben - vereinzelt, alleine, unorganisiert - wird weiter gekürzt, egal wie sehr "es quietscht". Und wir werden ohnmächtig bleiben, solange wir uns gegeneinander ausspielen lassen: Beschäftigte gegen Erwerbslose, Qualifizierte gegen Ungelernte (nach wie vor fehlen in Berlin 9.000 Lehrstellen!), Inländer gegen Ausländer, Ost gegen West. Es gibt Alternativen! Gemeinsam können wir sie umsetzen!

Machen Sie mit! Engagieren Sie sich für eine andere Politik in Berlin.

Berlin für alle.

www.wasg-berlin.de

Mitmachen – Informieren und unterstützen!

Wir möchten alle Berliner auffordern und ermutigen, bei dem Kampf gegen die Sparpolitik und den Sozialabbau in unserer Stadt teilzunehmen – sowohl inner- als auch außerparteilich!

Weitere Informationen erhalten Sie auf unseren öffentlichen Veranstaltungen, wo Sie persönlich Kontakt aufnehmen können. Dort sind alle Interessierten herzlich willkommen! Aktuelle Termine und Treffpunkte sind auf <http://www.wasg-berlin.de/> unter dem Link „Bezirksverbände“ -> „Lichtenberg-Hohenschönhausen“ zu finden.

Sie können sich auch telefonisch oder per e-Mail an uns wenden (siehe grauer Kasten) oder das Kontaktformular ausfüllen und uns zuschicken.

Senden an: WASG
Bezirksverband Lichtenberg/Hohenschönhausen
Postfach 348, 10253 Berlin
Telefax: 030 / 4039 3691

Ich möchte weitere Informationen zur WASG Berlin:

Bitte ausfüllen und nicht zutreffendes streichen
Vorname / Name:

Straße/Hausnummer:

Postleitzahl/Ort:

Telefon (mit Vorwahl):

Telefax (mit Vorwahl):

e-Mail:

Kontakt zur WASG in Lichtenberg-H'hausen

E-mail: wasg@ral-ap.de
Telefon: 030 / 4039 3692
Mobil: 0176 / 50069 330
Internet: www.wasg-berlin.de

V.i.S.d.P.: H.J. Prillwitz, 10409 Berlin

WASG
Die Wahlalternative

**Landesverband Berlin
Bezirksverband
Lichtenberg/Hohenschönhausen**



Berlin für alle.

Armutsmetropole Berlin

Wir leben gerne in Berlin, aber wir sind zornig und empört über die politischen und sozialen Verhältnisse in unserer Stadt. Seit 1989 sind 300.000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen, genauso viele Menschen sind heute arbeitslos gemeldet. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer.

Bildungseinrichtungen, Schulen, Kitas und Universitäten werden den wachsenden Anforderungen nicht mehr gerecht. Und wir fragen uns: "Welche Perspektive haben die Menschen in dieser Stadt?" Regierungen ob Rot-Schwarz oder Rot-Rot haben auf diese Probleme nur eine Antwort: Kürzungen im Sozialbereich, in der Bildungspolitik und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen. Trotz aller Sparpolitik ist eine "Konsolidierung" aber nicht in Sicht: Der Schuldenstand Berlins nahm von 2001 bis heute beständig zu - von 42,4 auf 58,9 Milliarden Euro.

Wofür wir kämpfen?

Wir stehen mit unserer Kritik in einer langen Tradition, denn immer wieder haben Menschen Widerstand gegen unsoziale Politik geleistet. Seit der Regierungsübernahme von Rot-Rot 2001 haben sich die sozialen Probleme in Berlin dramatisch verschärft. Die Antwort von Rot-Rot auf die Politik der großen Koalition war und ist: Kürzen, Privatisieren, Tarifbruch, Umverteilung von unten nach oben. Während unsere Kieze immer weiter verkommen und die Armut wächst, wurde durch das sogenannte Risikoabschirmungsgesetz Geld in Milliardenhöhe einigen tausend Fondsanlegern zugespielt.

Wir wollen kein Berlin, in dem die Verträge mit Kapitaleignern heilig gesprochen werden, während Tarifverträge gebrochen werden. Wir wollen ein soziales Berlin, in dem alle hier Lebenden gleiche Entwicklungschancen haben.

Und dafür stehen wir:

✓ Rücknahme aller Kürzungen im Schul-, Uni- und Kitabereich

Schluss mit dem Irrsinn, dass Eltern die Räume von Berliner Schulen und Kitas in Eigenleistung renovieren müssen und gleichzeitig ansässige Handwerker wegen fehlender Aufträge in die Insolvenz getrieben werden. Weiterhin muss der Senat endlich eine realistische LehrerInnenbedarfsplanung nach den Bedürfnissen der Berliner Schule vornehmen.

✓ Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit

Eltern müssen Lernmittel bis zu einem Höchstsatz von 100€ selbst kaufen. Besonders für Erziehende mit Einkommen knapp über dem Sozialhilfesatz eine starke finanzielle Belastung. Wir fordern die Abschaffung dieser Regelung, um die sozialen Ungleichheiten und ungleichen Bildungschancen, die so Einzug in die Berliner Schulen hielten, zu entschärfen.

✓ Verzicht auf geplante Kürzungen im Jugendbereich

Der Berliner Senat will die Mittel für die Jugendhilfe im Doppelhaushalt 2006/2007 um weitere 33 Mio. € kürzen. Die Berliner Jugendhilfe wird dann seit 2001 auf fast die HÄLFTE zusammengestrichen. Die Fallzahlen in den Jugendämtern steigen, die Zahl der gewährten Hilfen sinken! Wir tragen diese Entwicklung nicht mit.

✓ Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge stoppen

Mit dem Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft GSW wurden 60.000 Mieter dem Profitinteresse ausländischer Immobilienfonds ausgesetzt. Das Damoklesschwert, das über den Mietern anderer Wohnungsbaugesellschaften weiterhin schwebt, muss beseitigt werden.

✓ Rückkauf der Wasserbetriebe

Durch die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe gehören Berlins Wasserpreise zu den höchsten im ganzen Bundesgebiet. Verglichen mit München kostet in Berlin der Kubikmeter Wasser 90 Cent mehr. Wir sagen: 100% der Betriebe und 100% der Rendite müssen Berlin gehören!

✓ Rückkehr in den kommunalen Arbeitgeberverband

Durch Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband konnte der Senat die Gehälter im öffentlichen Dienst um bis zu 12% drücken. Wir fordern verbindliche Tarifverträge und Lohnsteigerungen mindestens in dem Maße, wie Verbraucherpreise steigen, Schutz gegen untertarifliche Bezahlung schafft Sicherheit für alle Arbeitsverhältnisse.

✓ Keine 1-Euro-Jobs in Berlin

Durch die Schaffung von 20-30.000 Ein-Euro-Jobs wurden in Berlin keine neuen Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, sondern es wurden dadurch reguläre Arbeitsplätze in der selben Größenordnung vernichtet.

✓ Regelsatzkonformes Sozialticket

Nach langen Protesten wurde das Sozialticket zum 1.1.2005 für 33,50 € wieder eingeführt. Die Ausgaben für den ÖPNV in der ALG-II-Regelsatzverordnung betragen allerdings nur 18 €. Wir fordern wie Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften in Berlin entsprechend ein Sozialticket für etwa 20 €.

✓ Transparenz bei Fördergeldern

Der Fall Samsung hat gezeigt, was passiert, wenn die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig über das Auslaufen von Bedingungen an öffentlichen Fördergeldern für Unternehmen informiert wird. Um einen weiteren Fall Samsung zu verhindern, ist die namentliche Veröffentlichung von Fördergeld-Empfängern eine unverzichtbare Forderung.

✓ Keine kontraproduktive Sparpolitik

Uns ist bewusst, dass unsere Forderungen nur realisierbar sind, wenn es zu einem Paradigmenwechsel in der Berliner Haushaltspolitik kommt. Unsere Kernbotschaft lautet deshalb: Mut zum Durchbrechen der Abwärtsspirale, Mut zur temporären Neuverschuldung und weg von einer ziellosen und kontraproduktiven Sparpolitik !

Weitere Informationen finden Sie im Internet:

www.wasg-berlin.de